

bericht
Ernüchternde
Drogenbilanz

geschichte
Im Labyrinth
der Behörden

bericht
Sugar-Babe &
Sugar-Daddy

06/17

kripo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**



**SICHERHEITS
UTOPIEN**

Mission accomplished

Nach den Reformen der Polizei in den Jahren 2003 bis 2006 herrschte in der „Vereinigung der Bundeskriminalbeamten Österreichs“ Ratlosigkeit. Wie sollte man auf die Reformen, wie auf das Ende der Kriminalpolizei als eigenständiger Wachkörper reagieren? Dazu kam, dass der damalige Obmann Oberst Franz Kössler amtsmüde war und zurücktreten wollte. Im Vorstand, fast ausschließlich Männer jenseits der 70, gab es niemanden der die Kraft hatte, auf die neuen Herausforderungen entsprechend zu reagieren.

Zu diesen fatalen Bedingungen kam noch eine völlig veraltete Organisation des Vereins. Mangels Ideen wurden die finanziellen Ressourcen zum größten Teil in „Be-gräbniskostenzuschüsse“ gesteckt, die eigentlichen Aufgaben kamen fast gänzlich zum Erliegen. Für die Mitglieder im aktiven Dienst gab es eigentlich keine Aktivitäten, die Folge: Die Mitgliederzahl schwand wie der Schnee in der Märzsonne.

Das soll keine Abrechnung mit dem ehemaligen Vorstand sein, aber die Situation war Fakt. Man muss der damaligen Führungsriege zugute halten, dass sie erkannte, wenn es in dieser Art weitergeht, die Vereinigung über kurz oder lang ihre Existenzberechtigung verlieren würde. Es setzte sich die Meinung durch, dass ein völlig neuer, jüngerer Vorstand die Agenden übernehmen müsste.

2008 erreichte mich der Ruf, ob ich die Führungsposition übernehmen wolle, man gäbe mir freie Hand, ein Team meiner Wahl anzuwerben und alles zu verändern. Ein Freibrief zwar, aber mit Erfolgsverpflichtung. Eigentlich keine unähnliche Situation, wie man sie vor wenigen Monaten in der ÖVP vorfand, nur halt einige Ebenen darunter. Ich erinnerte mich an Kollegen, die mir im Laufe meiner Dienstzeit als aktiv für die Kollegen begegnet waren. Ende 2008 stand der Vorstand, der bereit war unbekanntes Territorium zu beackern. Im Jänner 2009 wurde dann ein völlig neuer Vorstand gewählt, eine Totalreform nahm ihren Anfang.

Als das Ziel, wo die Vereinigung zehn Jahr später stehen soll, öffentlich wurde, war die Reaktion (typisch österreichisch): Das kann nicht klappen, das ist nicht zu machen - Phantasien.

Ende 2017, also nicht 10, sondern knappe 9 Jahre später, kann ich vermelden, dass nicht nur alle Ziele erreicht wurden, sondern der 10-Jahres-Plan bei weitem überschritten wurde. Die „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“, wie sie jetzt heißt, hat wieder jene Position, die sie nach der Neugründung 1948 einnahm – die Interessensvertretung des Kriminaldienstes. Unsere Zeitung hat sich zum anerkanntesten Fachblatt der Kriminalpolizei entwickelt, unsere Facebook- und Internetauftritte sind professionell und stark genützt. Unsere Seminare sind gut besucht, von Behördenseite sind wir respektiert. Unser Sponsoring hat sich von den Toten auf Lebende verlagert. Die Finanzen haben sich, weil kaufmännische Aspekte eingeflossen sind, gut entwickelt. Und – was doch wesentlich ist: Die Mitgliederzahlen steigen kontinuierlich.

Also alles Bestens? Zeit sich auszuruhen?

Nein, liebe Mitglieder und Freunde, „Die Mission ist nicht erfüllt“ – wahrscheinlich ist sie das nie. Erfolg ist kein statischer Zustand, sondern eine dynamische Situation.

In diesem Sinne wünsche ich im Namen unseres Teams an Funktionären ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2018. Seien Sie stolz, wenn Sie Mitglied dieser Gemeinschaft sind.

Richard Benda,
Präsident



ausgabe
06/17

splitter

Nationale und internationale Meldungen 5

vkö-event

VKÖ-Vollversammlung 7
Tolles „Kiebarett 1.0“ - Revival in OÖ 9
VKÖ-Schießtermin 9
Ein mörderischer Abend 11

bericht

Drogenbericht 2017 13

geschichte

Rom - Im Labyrinth der Behörden 14

top thema

Paradoxon Kriminalitätsangst 17
Gemeinsam für eine sichere Stadt 20

top thema analyse

Subjektiv (un)sicher 25

bericht

Am Rande der Prostitution 27

technik

Spionage-Malware mit neuer Technik 29

komentar

Ní Hào! 31

feedback

Das Ende der Zwiesel 33
Mordwaffen: Interessante Leser Bilanz 33

intern

kripo.at Termine 35
Aus dem VKÖ Archiv 35
Pate gesucht 37
Wer hat Talent? 37
kripo.at Rätsel 37

mallorca

Die Guardia Civil hat auf den Balearen-Inseln rund 800 Betrüger identifiziert, die, unterstützt von 77 Anwaltskanzleien, Durchfallserkrankungen vorgetäuscht und Hotels auf Rückerstattung der Reisekosten geklagt haben. Im Jahr 2016 dürften sie allein auf Mallorca etwa 50 Millionen Euro eingestreift haben. Eine britische Unternehmerin gilt als Drahtzieherin. Seit 2013 geht es um Tausende solcher Klagen, auch auf dem Festland und den Kanaren.



(Quelle: www.mallorcazeitung.es)

oklahoma city

Das Oklahoma State Bureau of Investigation (OSBI) hat 5000 Kartenspielsets zum Verkauf (zu je \$ 1,42) in den Gefängnissen des US-Bundesstaates aufgelegt. Auf den Karten werden Fragen zu 52 ungelösten Kriminalfällen gestellt. Die Pik Dame etwa zeigt Carina Saunders, die 2011 ermordet wurde. Führt der Hinweis eines Häftlings zum Täter, winken ihm \$ 10.000 Belohnung. Ähnliche Programme haben sich in anderen Staaten bewährt, heißt es.



(Quelle: www.ok.gov/osbi)

wien



Rudolf Unterköfler, 59, ist am 12. Oktober völlig überraschend gestorben. Der „Bergbauernbub“ aus Kärnten hat sich von der Schulabteilung der Polizei (1978) nach seinem Jus-Studium zum Ministerialrat im .BK (2002) und dort dann zum Leiter der mehr als 100-köpfigen Wirtschaftskriminalitätsabteilung (2010) hochgearbeitet. Der überaus beliebte „Ermittler mit Begeisterung“ (.BK-Direktor Franz Lang) hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

wien

Die scheidende Bundesregierung hinterlässt ihren öffentlich Bediensteten ein nettes Abschiedsgeschenk: ab 1. Jänner 2018 gibt es um 2,33 % mehr Gehalt.



Außerdem erhalten Polizei- und Justizwacheschüler seit 1. Dezember per neuer „Sondervertragsrichtlinie“ des Beamtenstaatssekretariats um 340 Euro mehr im Monat, was sich positiv bei der dringend notwendigen Nachwuchssuche auswirken dürfte. Mehrkosten für das Budget: rund 318 Millionen.

oslo

In Norwegen sorgt der „Export“ von Straftätern für Diskussionen. Weil die eigenen Gefängnisse überfüllt waren, wurde ein Vertrag mit den Niederlanden geschlossen, Häftlinge zu übernehmen. Seit 2015 werden 218 Gefangene pro Jahr außer Landes gebracht, Kosten dafür: jeweils 22 Millionen Euro. Zwar gibt es längst wieder freie Zellen, dennoch soll der Vertrag verlängert werden. Daran, aber auch an möglichen (menschen)rechtlichen Aspekten wird die Kritik lauter. (Quelle: www.derstandard.at)





und bei der
Vereinigung
Kriminaldienst
Österreich

kripo.at 

VKÖ weiter auf Erfolgskurs:

„Never change a winning team“

Erfolgreiche Rückschau und ebenso eindrucksvolle Ziele: Die VKÖ wird universitär, aber damit nicht genug, sie richtet auch eine „Hall of fame“ ein. Bei so viel Engagement keine Frage: Die Vorstandsriege fand bei der Vollversammlung volle Bestätigung.

Es ist ein deutlicher Beweis für die erfolgreiche Entwicklung der VKÖ: Im altherwürdigen „Hotel Regina“, traditionell Austragungsort der Vollversammlung (und anschließender Weihnachtsfeier), wurde die Kapazitätsgrenze bereits im Vorjahr erreicht. Ausreichend Platz für die Delegierten und ihre namhafte Gästeschar – mit BdK-Vorsitzendem Andre Schulz an der Spitze – fand sich im „Arco-tel-Wimberger“, wo die Veranstaltung am 1. Dezember in modernerem Rahmen, aber nicht weniger würdig, über die Bühne ging.

Im vereinsrechtlich vorgeschriebenen Part stellte sich der Vorstand nach dem Motto „Never change a winning team“ unter der gestrengen Aufsicht von Oberst i.R. Willibald Plenck der Wiederwahl. Und er wurde – wenig verwunderlich – entlastet, und in weiterer Folge bestätigt. Was wohl auch daran lag, dass die von Obmann (vulgo: Präsident) Richard Benda vor zehn Jahren gesteckten Ziele schon lange vor der gesetzten Frist erreicht wurden. Auch

der stetige Mitgliederzuwachs, nicht zuletzt dank der „neuen“ Sektion Vorarlberg mit dem umtriebigen Norbert Schwendiger an der Spitze, spricht für sich bzw. die VKÖ. Diesbezüglich, aber auch in Sachen Veranstaltungen, zeichnet sich ein gesunder Konkurrenzkampf mit den nicht weniger engagierten Sektionen in Oberösterreich rund um Vizepräsident Helmut Kaiser ab. Und nicht zuletzt ist Norbert Janitsch im Burgenland überaus rege – auch abseits seiner vielbeachteten „Kiebarett“-Aktivitäten bis nach Vorarlberg (siehe Bericht auf Seite 11).

Vizepräsident und Schatzmeister Helmut Bärtil, der die Finanzagenden an Manfred Klimek übergab, konnte einmal mehr eine erfolgreiche Finanzbilanz präsentieren – in gewohnt launiger Manier. Die VKÖ steht budgetär so gut da, dass erstmals nach 53 Jahren wieder Baumaßnahmen in Angriff genommen werden. Das erste Projekt (der Dachausbau in der Servitengasse) wird bereits angegangen. Fortgesetzt

wird das Sponsoring der wissbegierigen Kollegenschaft. So wurde die Masterarbeit „Home-Invasion“ von Niko Reith als absolut förderungswürdig befunden.

In der Vorschau auf 2018 präsentierte Benda zwei prestigeträchtige Vorhaben: Die VKÖ wird in das ab dem kommenden Jahr an der Donau-Uni-Krems angebotene Kriminalistikstudium eingebunden. Und: Die Vereinigung richtet eine „Hall of fame“ ein, die Präsident Benda bescheiden „ein Mini-Museum“ nennt.

Im geselligen Teil des Abends zeigte sich BdK-Frontmann Schulz von den Aktivitäten der „kleinen“ Schwesternvereinigung beeindruckt. Lob gab es auch von Ulf Küch, Kripochef in Braunschweig, der der VKÖ sein (auch in Buchform erschiene- nes) Wissen rund um die Frage, wie kriminell Asylwerber wirklich sind, am 16. Jänner zur Verfügung stellt (siehe Seite 35).

Mehr unter: www.kripo.at



Mr. „Kiebarett“ Norbert Janitsch



„Kiebarett 1.0“ in der Stahlwelt



Spendenübergabe; H. Kaiser, S. Gahler und W. Hüttmannsberger

Tolles „Kiebarett 1.0“-Revival in OÖ

Die VKÖ-Sektion Oberösterreich hat in die Stahlwelt Voestalpine geladen, wo Norbert Janitsch sein „Kiebarett 1.0“; sozusagen das Original, zum Besten gab. Und weil Vizepräsident und Sektionsleiter Helmut Kaiser und sein Stellvertreter Walter Hüttmannsberger im Vorfeld kräftig die Werbetrommel gerührt hatten (und ein Teil der Einnahmen für den „Weissen Ring“ bestimmt war), war es nicht verwunderlich, dass das Veranstaltungszentrum aus allen Nähten geplatzt ist.

Zusätzliche Sesselreihen mussten aufgestellt werden, ehe die mehr als 400 Besucher aus sämtlichen Dienststellen der oberösterreichischen Polizei, der Berufsfeuerwehr Linz und dem Roten Kreuz begrüßt werden konnten. Neben der ehemaligen Innenministerin Maria Fekter haben sich sämtliche Dienststellenleiter der Polizei OÖ eingefunden. Ein gelungener Abend war garantiert, das Publikum hat sich von den Einlagen des „Kiebarettisten“ köstlich amüsiert gezeigt.

Von Helmut Kaiser und Walter Hüttmannsberger wurde schließlich ein namhafter Betrag an Susanne Gahler, OÖ-Landesstellenleiterin des „Weissen Ring“; übergeben.

VKÖ-Schießtermin 2018

Wir haben Eure Anregungen aufgenommen und unser jährliches Schießen in den Jänner verschoben. Natürlich wurde auf die Witterung Bedacht genommen, weshalb wir unser Turnier inklusive der gesetzlich vorgeschriebenen Waffenübungen für den Waffenführerschein in einem gemütlichen, rustikalen Schießkeller abhalten.

Freitag, 12. Jänner 2018,
um 14:00 Uhr
(geplantes Ende ca. 16:00
Uhr)

2320 Schwechat,
Pechhüttenstraße 3
(Treffpunkt vor dem
Schießkeller)



Mit Andreas Seper konnte ein toller Partner gewonnen werden. Er ist aktiver Wettkampfschütze und verfügt über eine staatliche Ausbildung als Lehrwart „Sportschießen Pistole“.

Der Ausklang findet dann im Brauereihaus Schwechat (gegenüber des Schießkellers) statt. Zeitgerechte Anmeldung ist erforderlich (bei Birgit Eder, sekretariat@kripo.at). Bitte unbedingt

mitteilen, ob nur die Waffenübung erfolgt oder ob eine komplette Prüfung für den Waffenführerschein absolviert werden muss. Munitionsbedarf bei der Anmeldung (unter Angabe von Kaliber und Stückzahl) angeben.

• alexander.heindl@kripo.at
Organisationsreferent



Ein mörderischer Abend

Wenn der bekannte Psychiater und Gerichtsgutachter Reinhard Haller aus seinem Leben spricht, dann ist Spannung garantiert. Haller wurde seinem Ruf gerecht, als er am 14. November, von VKÖ-Vorarlberg-Sektionsleiter Norbert Schwendinger in den J.J.-Ender-Saal in Mäder eingeladen, vor etwa 450 Zuhörern referierte. Vertreter von Polizei, Justiz, Bezirkshauptmannschaften und anderen Organisationen (Richter und Polizisten aus Liechtenstein, Ärzte und Rettungssanitäter, VKÖ-Mitglieder aus Tirol und des Bundesvorstandes usw.) lauschten dem angehenden Pensionisten, der weiterhin als Gutachter tätig sein wird.

Haller lobte Leistung und hohes Niveau der Kriminalpolizei, die nach Straftaten die meiste Arbeit zu erledigen habe. Als Gutachter könne er sich ins „fertig gemachte Bett“ legen. Der Täter sei bekannt, er müsse nur noch feststellen, ob der/die Beschuldigte „verrückt“, also zurechnungsfähig sei. Die Erstellung einer Zukunftsprognose sei nicht wirklich seriös möglich, weil menschliches Verhalten nicht vorhergesagt werden könne.

Der Grundstein für seinen beruflichen Werdegang, so mutmaßt Haller, sei in

seiner Kindheit gelegt worden. Er sei ein kleiner Bub gewesen, als in Vorarlberg ein Mord verübt wurde und in der Zeitung ein Foto dazu zu sehen war. Es sei in seinem familiären Umfeld viel über den Mord gesprochen worden. Dies habe ihn veranlasst, über Straftäter und ihre Psyche nachzudenken. Gerichtsgutachter sei er eher zufällig, durch den damaligen Richter des LG Feldkirch und nunmehrigen OGH-Präsidenten Eckart Ratz, geworden.

In einem Exkurs in die Welt der TV-Krimis versuchte Haller zu erklären, weshalb sich so viele Menschen „Tatort“ und vergleichbare Geschichten ansehen. Mit realen Fällen ging es weiter, etwa am Beispiel Jack Unterweger, einem Mörder, der zum Gutmenschen gemacht worden sei. Der charmante Narzisst habe Menschen instrumentalisiert und es sei ihm während seiner (ersten) lebenslangen Haft gelungen, sich durch manipulatives Verhalten zur rechten Hand des Anstaltsleiters emporzuarbeiten. In der Haft habe Unterweger lesen gelernt und zu schreiben begonnen. Er sei medial als „Häfenliterat“ gefeiert und insbesondere von vielen Frauen verehrt worden. So habe er an nur einem Haft-Tag 42 Briefe von Frauen erhalten.

Nach der vorzeitigen Haftentlassung sind in kurzer Zeit sieben Prostituierte in Österreich und eine in Tschechien umgebracht worden. Der Gipfel der Perversion sei gewesen, dass Unterweger nach so einem Mord als ORF-Radio-Reporter darüber berichtet hat. In den USA habe er weitere drei Frauen getötet. In Österreich ist er wegen der elf Morde angeklagt und in acht Fällen (wieder) zu lebenslanger Haft verurteilt worden; formal nicht rechtskräftig, weil sich Unterweger in der Nacht nach der Urteilsverkündung in der Zelle erhängt hat.

Das sogenannte „Bombenhirn“ Franz Fuchs beschrieb Haller als einen der gewieftesten und interessantesten Verbrecher, mit dem er je zu tun gehabt habe. Es sei nur der immensen Intelligenz von Fuchs zuzuschreiben, dass er als einzelner die „Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA)“ verkörpert und sämtliche Schritte der Straftaten mit einer unvergleichbaren Präzision ausführen habe können. So sei Fuchs Historiker, Ideengeber, Computerspezialist, Elektroniker, Verfasser von Bekennerschreibern, Bombenbauer und -leger, aber auch sein eigener Jäger, Anwalt und Vollstrecker des Todesurteils gewesen. 16 Tage und 8 Nächte hat Haller mit Fuchs gesprochen (*weiterlesen auf Seite 12*) ➔

und ihn als durch und durch intelligenten Menschen kennengelernt, der durch Kränkungen und tödlichen Hass zum Verbrecher geworden sei. Selbst sein Suizid sei ein Geniestreich gewesen. Man müsse sich vorstellen, dass Fuchs nur noch Stümpfe statt seiner Hände gehabt hat. Trotzdem sei es ihm gelungen, sich mit dem Stromkabel seines Elektrorasierers zu erhängen.

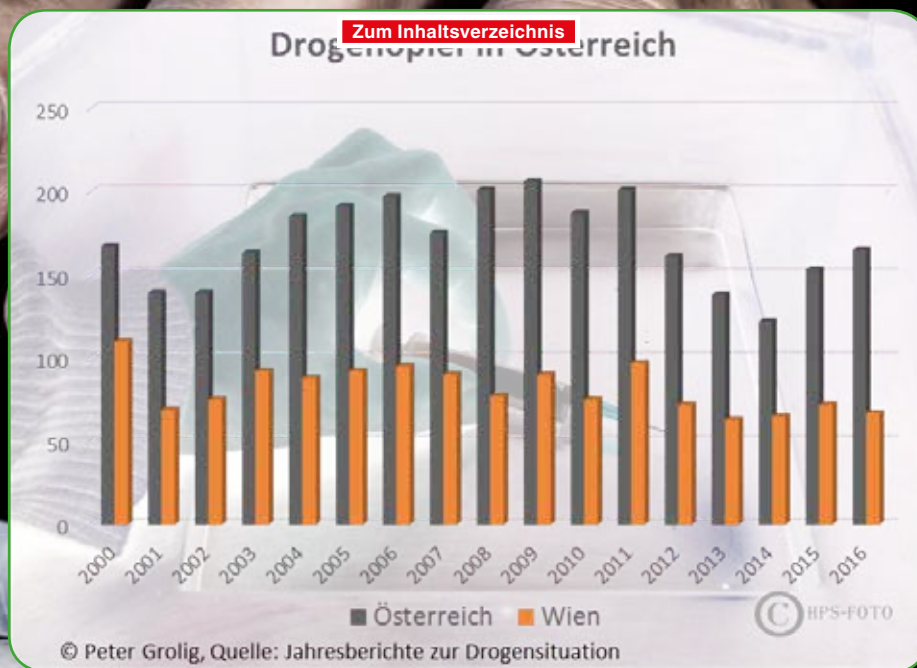
Der Vortragende machte kein Hehl daraus, dass er in seiner Karriere auch Niederlagen gab. Unter anderem beschrieb er die

Causa um den Psychiater Heinrich Gross, der in der NS-Zeit grausame Verbrechen an Kindern verübt hatte. Als weiteres Beispiel nannte er die Beurteilung des sogenannten „Amokfahrers“ in Graz.

Haller wagte auch einen Blick in die Zukunft und meinte, dass die Zahl der Beziehungsdelikte weiter steigen werde, dafür sprechen die vielen Taten, die zuletzt in Vorarlberg verübt worden sind. Als künftige Probleme nannte er die Computerkriminalität in ihren verschiedenen Ausformungen, aber auch Amok und Terror.

Norbert Schwendinger bedankte sich beim Referenten – auch für die langjährige Zusammenarbeit – mit einem Geschenkkorb und einem Kriminalroman aus der Feder unseres Tiroler Kollegen Dietmar Wachter (der 2018 daraus und aus anderen seiner Werke lesen wird, Anm.). Der Reinerlös der Veranstaltung (1750 Euro) kommt dem Verein „Friends of ME“ (Maria Ebene) zugute, der sich um Kinder von Suchtkranken kümmert.

• *Oswald Wachter*



Ernüchternde Drogenbilanz

Knapp 3000 Menschen sind seit Beginn des „neuen“ Jahrtausends in Österreich den Drogentod gestorben, fast 1400 davon in Wien. So man in diesem Zusammenhang von einem positiven Trend sprechen kann, so wäre dies der Umstand, dass das durchschnittliche Sterbealter kontinuierlich steigt: Lag es 1991 noch bei etwa 28 und 2001 bei 31 Jahren, so wurde es von den Statistikern zuletzt mit exakt 34,1 Jahren beziffert. Außerdem, so besagt der kürzlich präsentierte „Bericht zur Drogensituation 2017“ (der sich auf das Jahr 2016 bezieht, Anm.), soll es immer weniger junge Drogensüchtige geben. Insgesamt wird von 29.000 bis 33.000 Personen mit problematischem Opioidgebrauch, vor allem durch das Injizieren von Heroin, ausgegangen.

Anzeigen + 10%

Abseits der thematisch bedingt tragischen Elemente kann der 288 Seiten starke Bericht auch mit einem Kuriosum aufwarten: Darin sind nämlich Daten enthalten, die der Öffentlichkeit bis dahin offiziell vorenthalten worden sind. Nämlich wesentliche Inhalte des „Sicherheitsberichts“, den Innen- und Justizministerium gemäß Sicherheitspolizeigesetz National-

und Bundesrat jährlich vorzulegen haben, es bislang aber nicht getan haben. So ist praktisch auf Umwegen zu erfahren, dass sich 2016 nicht weniger als 35.857 Strafanzeigen auf Suchtgiftdelikte bezogen haben – eine Steigerung von zehn Prozent gegenüber 2015! Die Mehrzahl (30.184, knapp + 12 %) betraf Vergehenstatbestände.

Zu lesen ist auch: „Im Jahr 2016 kam es zu 27.896 Anzeigen wegen Alkohols im Straßenverkehr. Dem stehen 1.491 Anzeigen wegen Beeinträchtigung durch Suchtgift gegenüber“. Zum Vergleich: 2010 sind 573 Lenkerberichtigungen wegen Suchtgiftbeeinträchtigung entzogen worden, 2013 waren es bereits 805, Tendenz weiter steigend.

Was die eingangs erwähnten Drogentodesfälle anbelangt, so kommen die Autoren nicht um Kritik herum, die sie zumindest in Fußnoten festhalten. So heißt es unter anderem „...bis 2008 wurden praktisch alle Verstorbenen mit Verdacht auf drogenbezogene Überdosierung obduziert“.

Weil aber – wie von kripo.at auch in Zusammenhang mit Gewaltverbrechen berichtet – die Obduktionsquote drama-

tisch sinkt, können auch (mögliche) letale Überdosierungen nicht verifiziert werden.

Obduktionsdilemma

Seit 2008 werden sage und schreibe 196 solcher „Verdachtsfälle“ aufgelistet. Dazu heißt es: „In diesen Fällen wurde keine Obduktion zur Klärung der Todesursache angeordnet, sondern aufgrund von Indizien und Umständen am Auffindungsort der Leiche von einer tödlichen Überdosierung ohne Fremdverschulden ausgegangen“. Beanstandet wird weiters, wenn auch diplomatisch, dass es bei Untersuchungen keine österreichweit einheitlichen Methoden bzw. Standards gibt. Somit ist wohl davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl der Drogenopfer weitaus größer ist.

Die Berichte zur Drogensituation werden im Auftrag der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht in Lissabon und dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen erstellt. Sie sind im Internet abrufbar: www.bmgf.gv.at.

• peter.grolig@kripo.at

Im Labyrinth der Behörden

Das alte Rom

Die Rechtspflege im antiken Rom war fraglos hoch entwickelt. Bei den meisten Völkern wurden einst Personen oder Gruppen bestimmt, die das Recht durchzusetzen hatten. In Rom war das System jedoch fast undurchschaubar.

Heute geläufige Begriffe kann man nicht einfach auf die Zeit des römischen Reiches übertragen. So muss „Polizei“ eher mit „öffentlicher Ordnung“ und „Krisenmanagement“ übersetzt werden. Noch gab es keine klare Trennung von Aufgaben, die Zuständigkeiten überlappten sich häufig, die einzelnen Amtsträger bekämpften sich nicht selten und hoben gegenseitig Entscheidungen auf. Die Intervention eines Tribuns konnte überhaupt alle Vorentscheidungen nichtig machen. Um Rechten zum Durchbruch zu verhelfen, kam es daher oft zu Entscheidungen durch die plebejischen Versammlungen und folgender kollektiver Selbsthilfe (provocation).

Der Obermagistrat wäre durch seine prinzipielle Allzuständigkeit die geeignete Institution gewesen, als erste oberste Polizeibehörde bezeichnet zu werden. Doch die eigentliche polizeiliche Arbeit erledigte der niedere Magistrat (Ädilen). So waren die Ädilen auch für marktpo-

lizeiliche Aufgaben, Verkehr und Preisbildung zuständig. Ursprünglich in vier, unter Cäsar in sechs, waren sie zuletzt in 14 Regionen aufgeteilt. Obwohl die Ädilen spezifische Ordnungsaufgaben ausüben sollten, fehlte ihnen wieder die Zwangsgewalt (coercition). Sie hatten auch kein Imperium, um ihre Anordnungen durchzusetzen. Lediglich das Züchtigungsrecht gegenüber Sklaven und die Verhängung von Geldbußen standen ihnen zu. Im Bereich Straßenverkehr und Marktwesen gebührt ihnen jedenfalls Platz 1 in der Historie der Polizei. Bei Gefahrenabwehr, Klärung von Straftaten und Schutz des öffentlichen Friedens spielten sie keine Rolle. Ein wesentlicher Punkt, warum auch die Magistrate nicht als DIE erste Polizeibehörde bezeichnet werden können, ist, dass sie sich oft selbst an gewalttätigen Ordnungsstörungen beteiligten und der Senat bzw. Kaiser deshalb zu viel Macht in einer Hand verhinderten.

Aber könnten die Liktores, die ja so-

zusagen das lebende Beispiel der Amtsgewalt waren und die Magistrat und anderen Würdenträgern als Helfer dienten, als Vorläufer der Polizei bezeichnet werden? Ja und nein. Sie hatten zwar die Aufgabe eines Ordnungsdienstes beim Auftreten von Würdenträgern und nahmen auch bei kollektiver Gehorsamsverweigerung Rädelsführer fest, aber sie führten auch Hinrichtungen und Geißelungen durch, die man wohl nicht als polizeiliche Aufgabe ansehen kann.

Und die Prätorianer, die wurden doch als Sicherheitstruppe in Rom eingesetzt? Die Geschichte dieser Truppe, die aus den Liktores hervorging, lässt sich bis in das Jahr 275 v.Chr. zurückverfolgen. Ursprünglich als Leibgarde römischer Generäle gegründet, waren sie lange Zeit die einzige bewaffnete Truppe in der Stadt. 238 kam es zu offenen Straßenkämpfen zwischen dem Mob und den Prätorianern. Als dem Kaiser ergebene Truppe wurden sie von diesem immer wieder eingesetzt, um Geg-



Die Suche nach dem Ursprung der Polizei

Unserer Leser scheint das Thema, wo wirklich der Ursprung der Polizei war, sehr zu beschäftigen. Ein Mitglied entdeckte eine interessante Feststellung auf Wikipedia. Unter dem Begriff „Medjau“ findet sinngemäß folgendes:

Die Medjau (eine Gruppe nubischer Nomaden) sicherten während des alten Reiches (2.700 – 2.200 v. Chr.) vermutlich Handelsrouten zu den Minen und Steinbrüchen sowie an das Rote Meer ab. Darüber hinaus wurden sie als Wüstenpatrouille eingesetzt. Als die Herrschaft Ägyptens bis zum 4. Nilkatarakt ausgedehnt wurde, wurden die Medjau als Polizeikräfte eingesetzt. Der Name Medjau wurde bis zum späten Neuen Reich (1.550 – 1.070 v. Chr.) nun zum Synonym für Polizei.

Wer waren nun die ersten Polizisten? Irgendwie läuft alles in Ägypten zusammen. Die Sarden (um 1.300 v. Chr.) oder die Medjau, die noch früher agierten? Auch die ersten schriftlichen Aufzeichnungen über die Polizei (um 300 v. Chr.) kommen vom Land am Nil. Ägypten scheint also der Ursprung der Polizei zu sein.

Wie auch immer, wir danken dem aufmerksamen Leser und schicken ihm ein Buch aus unserem Fundus als Dankeschön.

ner festzunehmen oder zu töten. Diese Truppe als Polizeivorläufer anzusehen, wäre Blasphemie.

Eher könnte man schon die „viatores“ als Polizistenvorläufer bezeichnen. Die ebenfalls dem Magistrat zugeteilten Viatores hatten Ladungen zuzustellen und führten Personen in das Gefängnis ab. Schlussendlich gab es noch „custodes“, eine Art Hilfspersonal der Ädilen, und „delatoren“, die man mit den heutigen Gerichtsvollziehern vergleichen könnte. Eine Stufe höher stand der „Prätor urbanus“, dem die Zivil- und Strafrechtsjurisdiktion oblag.

Kurz nach 290 wurde noch eine weitere Behörde, die „tresviri capitales“ eingerichtet. Sie hatte die Aufsicht über Gefängnisse, den Brandschutz, geflüchtete Sklaven wurden eingefangen und Verfahren gegen sie geführt. Eine besondere Zuständigkeit bestand in der Aburteilung von Dieben (vermutlich) bei vorliegendem Geständnis. Eine Verpflichtung

zur Suche nach Geflüchteten (fugitivi) ist nirgendwo ersichtlich, es sind aber zumindest drei Fälle bekannt, bei denen sie Verhaftungen durchführten. Es ist nicht anzunehmen, dass Festnahmen aus eigener Macht erfolgten, sondern über Auftrag des Senats oder Magistrats.

Dieses Wirrwarr an Entscheidungsträgern und Institutionen, sowie das Fehlen einer Polizei im institutionellen Sinn wurde schon damals als Manko angesehen und trug im weitesten Sinne zum Niedergang des römischen Reiches und dem Verfall des Rechts bei. Der erste römische Kaiser Augustus (63 v. Chr. - 14 n. Chr.) ordnete das Staatswesen neu und verschärfte auch das Strafrecht (leges Juliae), vor allem im Bereich der Sitten. Es gab sogar so etwas wie eine organisierte Staatspolizei. Speculatores (Landjäger) und frumentarii (Fouriere des Heeres) wurden für Spionagezwecke eingesetzt.

Der Einsatz von agent provocateurs war ein gängiges Mittel. Diese Personen („Sykophant“ - Angeber) bekamen Er-

folgshonorar. Vorerst konnte sich jeder Bürger als Sykophant betätigen, mit der Zeit kam es dann zu einer staatlichen Auswahl.

Dem Militär als Organisation mit strafbarer Gliederung wurde daher zwangsläufig die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übertragen. Obwohl das römische Recht die fundamentale Unterscheidung zwischen innerhalb (domi) und außerhalb (militiae) der Stadt kannte, waren in Rom 7.000 Militärpolizisten stationiert. Sie waren sowohl für Sicherheit, als auch für die Brandbekämpfung zuständig. Die Truppe war in 7 Kasernen stationiert und unterstand einem Präfekten. Es gab auch schon nächtliche Patrouillen, aber die dienten eher der Brandvorbeugung als der Sicherheit der Bürger.

**In der nächsten Folge:
Rom – Die Rolle der Legionen als interner Ordnungsfaktor**

• richard.benda@kripo.at

Paradoxon Kriminalitätsangst

Betagte Eisenstädterinnen gehören zu den ängstlichsten Menschen Österreichs, obwohl ihr Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, extrem gering ist. Dagegen sind junge Großstädter nahezu furchtlos. Sie kommen gar nicht auf die Idee, Opfer werden zu können, obwohl die Gefahr für sie relativ am größten ist. Ein Paradoxon.

Die Verbrechensfurcht steigt und steigt, obwohl die Statistik klar zeigt, dass die Gesamtkriminalität sinkt und die Aufklärungsquote so hoch ist wie nie zuvor. So ging die Kriminalität in Wien von 2007 auf 2016 um 4,3 % zurück, die Aufklärungsquote stieg um 9,1 % an. Wenn man noch dazu bedenkt, dass im gleichen Zeitraum die Bevölkerung der Bundeshauptstadt um 10,1% angewachsen ist, ist rein rechnerisch jeder einzelne Bürger heute weit weniger gefährdet als vor 10 Jahren. Wie kommt es, dass die Angst vor Kriminalität trotzdem so steigt?

Das immer weitere Auseinanderklaffen von Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht ist kein auf Österreich beschränktes Phänomen. Dutzende Wissenschaftler haben sich darüber den Kopf zerbrochen, unter anderem Dr. Christian

Grafl und Dr. Helmut Hirtenlehner, beide vom Institut für Strafrecht und Kriminologie an der Kepler-Universität in Linz. Was sie herausgefunden haben, erklärten sie der interessierten Zuhörerschaft beim 15. Sicherheitskongress der Donau-Universität in Krems am 24. Oktober.

Grafl und Hirtenlehner erläuterten, dass nicht allein Kriminalität gefürchtet wird, sondern auch damit assoziierte Symbole. Das soll heißen, dass gewisse Umstände Kriminalität erwarten lässt, selbst wenn sie objektiv gesehen nichts mit Kriminalität verbindet. Diese Symbole werden im englischen als „disorder“ bezeichnet und sind unterhalb der Kriminalitätsgrenze angesiedelt. Prostitution, Bettelerei, offener Drogenhandel, Verschmutzung etc. gehören dazu. Weitere Beispiele finden Sie auch in den Beiträ-

gen auf den Folgeseiten. Hirtenlehner meinte dazu, dass diese Umstände und die fehlende Polizeipräsenz die Befürchtung zulassen: „Mir hilft niemand, ich bin der Kriminalität ausgeliefert“. Neben optischen „disorder“ kommt dazu, dass auch allgemeine Ängste, die überhaupt nichts mit Kriminalität zu tun haben, mit ihr assoziiert werden. Angst vor sozialem Abstieg, Armut, Krankheit und vor allem die Anwesenheit von Ausländern wird einfach auf Kriminalität projiziert. Stichwort Ausländer: Die beiden Forscher haben über IMAS tausende Österreicher in fünf Städten (Mödling, Schärding, Linz, Graz und Eisenstadt) befragt und dabei festgestellt, dass der Flüchtlingsstrom (51%) und die steigende Kriminalität (42%) den Österreichern die meisten Sorgen bereitet.

Gut, 2015, als die Studie ihren Anfang

nahm, war der Höhepunkt der Flüchtlingswelle, aber bereits Sorge Nr. 2 stimmte einfach nicht. Die Kriminalität steigt seit Jahren nicht. Man sieht daraus, dass Kriminalitätsfurcht ein Bauchgefühl ist und bekanntlich kann man Gefühle nicht mit Logik oder Statistik bekämpfen (Schlussfolgerung des Verfassers und nicht Aussage der Forscher, Anm.). Interessant, dass die Furcht in Eisenstadt, einer von Kriminalität kaum belasteten Stadt, am größten ist. 24% der Eisenstädter fühlen sich bei Dunkelheit unsicher, die Unsicherheit nimmt sogar zu. Bedarf wohl keines Kommentares: 56% der befragten Personen fürchten sich vor Ausländern. 5% sehen die Zukunft schwarz und glau-

den wissenschaftlichen Beweis dafür, was die Allgemeinheit über dieses Thema schon vermutet hat. Neu waren zum Teil die Ansatzpunkte für Maßnahmen, wie der Kriminalitätsfurcht präventiv begegnet werden kann. Am einfachsten ist es wohl, die eingangs genannten Symbole zu beseitigen. Hier ist der Staat in allen seinen Facetten, von der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Polizei, gefordert. Es wäre aber zu einfach, wenn dies allein zum Ziel führen würde. Gefordert ist auch die zivile Öffentlichkeit. Die Aktion „GEMEINSAM.SICHER“, die eine Klammer zwischen Sicherheitsbehörden und der Öffentlichkeit durch eine Sicherheitspartnerschaft bilden soll, ist ein vielverspre-

konferenz, befasste sich schon in seiner Masterarbeit mit dem Thema und er zeigte in seinem Vortrag die Schwierigkeiten auf, die „GEMEINSAM.SICHER“ im Weg liegen. So wurden Sicherheitspartner als Polizeispitzel verunglimpft. Er meinte, wenn nicht auf allen Ebenen, vom Bürgermeister bis zum einfachen Streifenpolizisten, mitgezogen wird, sind Misserfolge nicht auszuschließen.

Einen völlig anderen Ansatzpunkt, oder besser einen Teilbereich der Kriminalitätsfurcht, zeigte Michaela Kardeis, Generaldirektorin für öffentliche Sicherheit, auf. Die rasant gestiegene Furcht von Frauen an öffentlichen Orten nach den Silvesterausschreitungen 2015 bekämpft sie durch Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen. Polizei und Fraueninstitutionen erarbeiten Programme zur Stärkung der Selbstsicherheit und das Erkennen von Gefahrensituationen.

Wie weit die Sozialen Medien das Gefühl von Angst und Sicherheit beeinflussen, wurde von Andreas Wallner, Leiter der Social-Media-Abteilung im Innenministerium, beschrieben. Er sieht die polizeiliche Anwesenheit bei Facebook & Co als wichtiges Instrumentarium für eine bürgernahe Polizeiarbeit und für eine Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls.



Generaldirektorin Michaela Kardeis (Mitte) eröffnete den 15. Sicherheitskongress der Donau-Uni

ben, dass sie innerhalb eines Jahres Opfer einer Straftat werden.

Diese pessimistische Einstellung bleibt im täglichen Leben nicht ohne Folgen. Menschen neigen zu Vermeide- und Sicherungsverhalten. Das manifestiert sich in Zurückziehen, Einbunkern, Vermeidung öffentlicher Orte und bestimmter Situationen, Abbruch sozialer Kontakte, Misstrauen etc. Alles keine wünschenswerten Reaktionen, die möglicherweise sogar kontraproduktiv wirken können. Natürlich bringen diese Verhaltensweisen auch nachteilige Konsequenzen für die Lebensqualität des Betroffenen.

Im Grunde erbrachte das Forscherduo

chender Ansatzpunkt. Wichtig ist auch die wohl schwierige Aufgabe, die Medien von reißerischer Kriminalitätsberichterstattung zu einer objektiven zu bringen. Das völlig falsche Bild von einer überbordenden Kriminalität bewirkt bei unkritischen Lesern und Zusehern ein Steigern der Angstkategorie. Als äußerst wichtig zur Verringerung des Unsicherheitsgefühls wird eine emotionelle Bindung an seine Wohnumgebung, sein Viertel, seine Stadt, ja zu ganz Österreich angesehen. Wer sich mit seiner Wohnumgebung identifiziert, hat weniger Angst und sorgt auch dafür, dass kein „disorder“ entsteht.

Oberstleutnant Dieter Csefan, ein weiterer Vortragender der Sicherheits-

Noch wurde der Stein der Weisen nicht gefunden, aber erste Ansätze, ja erste Erfolge zeigen, dass es nicht unabänderlich ist, dass Kriminalitätsfurcht und tatsächlicher Iststand der Kriminalitätsbelastung nicht weiter auseinandertreiben. Das Sicherheitsgefühl wird nicht durch Statistiken bestimmt, sondern subjektiv empfunden.

Vor Jahren wurde die Kriminalprävention als unnötige Arbeitsbelastung für die Polizei empfunden, heute ist sie ein wesentlicher Bestandteil. Vielleicht eine Vision, aber möglicherweise wird die Furchtprävention in einigen Jahren einen Bestandteil der polizeilichen Arbeit ausmachen.

• richard.benda@kripo.at

Gemeinsam für eine sichere Stadt

Das international angelegte VKÖ-Symposium „Die Utopie der sicheren Stadt“ brachte interessante Einblicke, Einschätzungen und konkrete Beispiele zu diesem vielfältigen Thema.

Sicherheit in der Stadt gestalten wir alle gemeinsam. Ein zentraler Satz, ausgesprochen von einem Polizisten. Mit dem „wir“ sind nicht alleine die Exekutive, sondern Bürger, Wirtschaftstreibende, Organe der Stadtverwaltung, Architekten und Planer bis hin zu Politikern gemeint. Eine sichere Stadt zu schaffen sei eben eine gemeinsame Sache. Und das „muss Platz greifen in den Köpfen unserer Kollegen“.

Vom subjektiven Sicherheitsgefühl und tatsächlicher Kriminalität, von Unsicherheitsräumen und Wohlfühlzonen, von sozialen Brennpunkten und der geänderten Risikowahrnehmung in der Bevölkerung – all das wurde beim von der VKÖ veranstalteten internationalen Symposium „Die Utopie der sicheren Stadt“ angesprochen. Referenten aus Österreich, Deutschland, Schweiz und der Türkei präsentierten die unterschiedlichsten Aspekte.

In der neuen bundesweiten Initiative

„GEMEINSAM.SICHER“, die den „professionellen Sicherheitsdialog zwischen Bürgern, Gemeinden und Polizei“ fördern und koordinieren soll, sahen einige der Vortragenden ein wichtiges Element auf dem Weg zur sicheren Stadt. Dass diese Partnerschaft innerhalb der Exekutive einen „gewissen Paradigmenwechsel“ mit sich bringen werde, ist für Karlheinz Dudek, stellvertretender Leiter des Geschäftsbereichs A der Landespolizeidirektion Wien, klar: „Als Polizist muss ich sehr interaktiv mit der Bevölkerung sein, das ist neu für uns, das müssen wir den Kolleginnen und Kollegen erst rüberbringen. Wir machen hier Dinge, für die wir objektiv gesehen gar nicht zuständig sind.“ Denn die „Schaffung von Sicherheit“ sei mehr als nur Kriminalitätsbekämpfung.

Wichtig sei dafür jedoch, so Dudek, dass etwa in Wien die vorgesehenen Sicherheitskoordinatoren, die als jeweilige Ansprechpartner für die Bevölkerung dienen, in den Stadtpolizeikommanden mit

Planstellen richtig verankert sind. Und „auch die notwendige Zeit für diese Arbeit tatsächlich erhalten.“ Der althergebrachte „Grätzlpolizist“ sowie Sicherheitspartner, etwa unter Wirtschaftstreibenden, seien weitere Schritte zur „von allen gestalteten Sicherheit.“ Dazu müsse zudem die „Nachvollziehbarkeit aller Entscheidungen in den Mittelpunkt gestellt werden.“ Auch regelmäßige Befragungen der Menschen zu ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl seien notwendig, um den Erfolg von gesetzten Maßnahmen überprüf- und messbar zu machen.

Mehr Licht für einen unsicheren Park

Wie die Angst der Menschen vor einem (vermeintlich) unsicheren Ort entsteht und wie so ein sozialer Brennpunkt gemeinschaftlich gelöscht werden kann, veranschaulichte Werner Miedl, Grazer Polizist und Koordinator von „GEMEINSAM.SICHER“, anhand des Grazer



Was all diese gemeinsamen Initiativen gebracht haben, das lasse sich, so Miedl, anhand einer einfachen Google-Bildersuche (Schlagwort Volksgarten Graz) nachvollziehen: Fanden sich dazu noch vor zwei Jahren meist Fotos mit Polizisten im Einsatz, Drogendealern und Ähnlichem, so sind es heute Bilder mit hübscher Parkszenerie.

Wo Straftäter zuschlagen

Waren es in früheren Zeiten die Gefahren von außen, vor denen sich Städte etwa mit Hilfe von Mauern geschützt haben, so sind die Bedrohungen in den „Megastädten“ unserer Zeit andere geworden. Befestigungsanlagen, die einst etwa in Wien nach den Türkenbelagerungen massiv ausgebaut worden waren, sind heute längst wieder verschwunden. Die Grenzen der Städte haben sich, langsam aber doch, geöffnet.

„Die Risikowahrnehmung der Bevölkerung hat sich geändert, die Unsicherheit ist eher zum diffusen Gefühl geworden“, sind sich der Soziologe Günter Stummvoll, Lektor an der Uni Wien, wie auch Kollege Johannes Luff, Leiter der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei, einig.

Kaum jemand mehr ist im „einsamen, dunklen Wald unterwegs und fürchtet sich dort vor den Räufern.“ Subjektiv jagt der „dunkle Wald“ vielen Menschen vielleicht immer noch mehr Schrecken ein. Objektiv betrachtet – und anhand von Kriminalstatistiken nachweisbar – entfaltet sich „Kriminalität gerade nicht auf dem flachen Land, sondern in Ballungsräumen, wo es eng zugeht“ (Luff). Gefahren für Stadtbeohner haben sich also von außen nach innen verlagert.

Damit einhergehend seien nun auch die Merkmale einer „Sicherheitsgesellschaft“ andere geworden, erläuterte Stummvoll. Früher wurden Straftäter als benachteiligte, bedürftige und aus der

Not heraus handelnde Menschen gesehen, denen man mit mehr „Wohlfahrt und Unterstützung“ begegnen müsse. Ein Täterbild, das es praktisch nicht mehr gibt. Heute ist „präventives Risikomanagement“ gefragt, mit verstärkten Kontrollen und der Durchsetzung von Disziplin. Die Überwachung der Sicherheit ist nicht mehr nur Aufgabe des Staatsschutzes im engeren Sinn sondern tendenziell eine von allen Bürgern, mit dem angestrebten Ziel der Risikominimierung für alle.

Karlheinz Dudek:

„Als Polizist muss ich interaktiv sein“



Kriminelle Orte

In der Stadt sind es bestimmte Orte, die sich Kriminelle aussuchen, wo sie unbeobachtet und ohne großem Entdeckungsrisiko zuschlagen können. Für die Kriminalforschung ist ein Zusammenhang zwischen Raum und Kriminalität jedenfalls ersichtlich. Etwa so: Hier das heruntergekommene, eng bebaute Viertel mit vielleicht leerstehenden Geschäftslokalen und einer Bewohnerstruktur, die Minderheiten, Randgruppen und sozial benachteiligte Menschen umfasst. Dort die adrette Wohnsiedlung, in der sich auch tagsüber Bewohner aufhalten und gute Nachbarschaft gepflegt wird. Die soziale Kontrolle funktioniert hier also noch – ein entscheidender Faktor für

Volksgartens. Der Park wurde stark von Arbeitslosen, Drogenabhängigen und Asylwerbern frequentiert. Weil Übergriffe befürchtet wurden, wurde der Park gemieden. Anrainer beschwerten sich vor allem über nächtliche Lärmerregungen. Der Ruf nach der Polizei wurde immer lauter.

„Wir haben dann vom Pfarrer über Anrainer bis hin zu Sozialarbeitern alle an einen Tisch geholt, Dinge gemeinsam besprochen und protokolliert“, berichtete Miedl. Die verschiedenen Gruppen im Park wurden ebenfalls befragt. Mögliche Maßnahmen wurden dann miteinander diskutiert und schließlich umgesetzt. Heute verfügt der einstige „Hot Spot“ etwa über ein Sicherheitsinformationszentrum, eine Einrichtung speziell für Migranten und ein „intelligentes“ Lichtsystem im Park, das bei zu viel Lärm heller leuchtet. Die auf über vier Meter Höhe im Park angebrachten Lampen – somit im Gegensatz zu den früheren Leuchten nun in sicherer Entfernung vor allfälligen „Vandalen“ – lassen sich zudem vom Polizisten via Handy steuern.

eine „sichere Stadt“, der Straftäter eher abhält. „Der Raum alleine macht einen Menschen nicht zwangsläufig kriminell“, sagt Luff, „aber bestimmte Räume ziehen bestimmte Menschen an“.

Solche negativen Strukturen oder Problemzonen müssen geändert werden, um Sicherheit gewährleisten zu können. Das beginnt, so Stummvoll, beim Managen von Ordnung und Sauberkeit, der Erhaltung und Sanierung von Gebäuden, geht über in eine funktionale, gute Durchmischung der Nutzung (keine leeren Erdgeschoßzonen!) bis hin zur besseren Durchmischung verschiedener Anwohnergruppen. Dafür braucht es Raum- und Stadtplaner, Architekten und natürlich auch die Politik. Nicht nur der Staat nimmt „an der Produktion von Sicherheit teil, sondern zusehends private Akteure wie die Bürger selbst.“

Auswege

Es gebe, so Johannes Luff, jedoch auch schon Auswege aus dieser negativen, sich selbst verstärkenden Interaktion zwischen Bewohner- und Raumstruktur eines Stadtviertels – wenngleich sie für viele „noch utopisch klingen.“ Ein Beispiel, das ein gleichberechtigtes und friedvolles Wohnen und Leben unterschiedlicher Menschen auf engem Raum aufzeigt, finde sich etwa mit dem „Grandhotel Cosmopolis“ im bayrischen Augsburg.

In dem leerstehenden Altenheim im Stadtzentrum wurde ab 2013 eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylwerber neben Ateliers und offenen Werkräumen für Künstler eingerichtet. Dazu gibt es ein Hotel, Gastronomie und ein Kulturangebot. Luff: „Hier entsteht ein gesellschaftliches Miteinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Biografie. Hotelgäste mit und ohne Asyl – so der Sprachgebrauch – kommen mit Künstlern, Handwerkern und Besuchern zusammen.“ Ein solches Haus strahlt positiv auf das gesamte Stadtviertel aus. Allerdings ist



VKÖ-Präsident Benda (li.) mit den Vortragenden Schaub, Baumühlner, Stummvoll, Luff

dieses positive Beispiel „bisher ein in ganz Deutschland einzigartiges Projekt“.

Was (gute) Architektur in einem Stadtviertel ausmacht, dafür hat auch Polizist Miedl ein Beispiel aus seiner Heimatstadt: Der Bau des Grazer Kunsthauses vor rund 15 Jahren. Im zuvor durch Prostitution und Drogenmilieu eher verrufenen 4. Stadtbezirk habe sich durch dieses Gebäude im Laufe der Zeit die Bewohnerstruktur völlig und ganz zum Positiven hin verändert.

Mit Technik zur totalen Überwachung

Sicherheit in der Stadt zu schaffen, das hat heute natürlich viel mit Technik zu tun, Stichwort „smart city“. Wobei kritische Geister dazu gerne anmerken, dass der Trend damit in Richtung totale Kontrolle und Überwachung geht – der (vermeintliche) Schutz vor „dem Bösen“ auf Kosten der bürgerlichen Freiheit.

Was technisch alles machbar ist und schon eingesetzt wird, das demonstrierte beim Symposium Akif Enkin, Gründer und CEO von „Enkin Technologies“. „Daten erfassen und sammeln, mit einer zentralen Software zusammenführen und blitzschnell analysieren“, beschreibt Enkin die Arbeitsweise der von seiner Firma hergestellten Systeme, die etwa in Städten wie

Baku in Aserbaidschan bereits teilweise im Einsatz sind, vor allem für die Verkehrsüberwachung.

Durch die Stadt fahrende Polizeiautos mit im Blaulichtbalken eingebauten Kameras und Scannern liefern da einen „Livescann“ der gesamten Stadt. Ergänzt durch Bilder der an vielen Plätzen fix installierten Kameras. Mit Hilfe des Gesichtsanalyse- und -erkennungssystems „Enkin Face“, das „schon sehr gut funktioniert“ (Enkin), können Personen rasch identifiziert werden. Und verdächtige „Bösewichter“ gleich erkannt werden. Vorausgesetzt, alle Bürger einer Stadt (eines Landes) wurden vorab mit eigener ID-Nummer im System registriert – eine Idee, die allerdings noch nirgendwo in die Tat umgesetzt wurde.

„Wir stellen die Technologie her, was rechtlich möglich oder erwünscht ist, das muss natürlich jedes Land für sich selbst entscheiden“, meinte Enkin abschließend. Ob so die Sicherheit einer Stadt – oder das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung – angehoben werden kann, sorgte unter den Zuhörern für viele Diskussionen.

• Johannes Wolf

Mehr zum Thema unter: www.kripo.at

Subjektiv (un)sicher



Großstädte haben ihre Schattenseiten, das haben das VKÖ-Symposium in Wien, die Sicherheitskonferenz in Krems, aber auch andere ähnliche Veranstaltungen aufgezeigt. Die Polizei erscheint vielen als Problemlöser für jedes Übel. Selbst (pensionierte) Polizisten wählen 133, wenn eine Ratte (eine vierbeinige, wohlgerückt) durch die Wohnhausgänge huscht. Was der zu Hilfe gerufene Kollege dann tun soll, bleibt dahingestellt. Einerseits ist es erfreulich, dass der Exekutive praktisch in allen Lebenslagen Vertrauen entgegengebracht wird. Andererseits entsprechen viele Anliegen, wenn nicht sogar die meisten, die Tag für Tag und Stunde für Stunde an die Beamten am Notruf herangetragen werden, nicht wirklich dem traditionellen Kerngeschäft der Polizei.

Hier setzt gewissermaßen die Initiative „GEMEINSAM.SICHER“ an, um speziell im (groß)städtischen Bereich die Utopie der sicheren Stadt zumindest ein bisschen Realität werden zu lassen. Das subjektive Sicherheitsgefühl lässt sich ziemlich leicht negativ beeinflussen, positive Aspekte dringen hingegen kaum ins (Unter)Bewusstsein vor.

Wir leben in Zeiten sogenannter Fake-News. Falschmeldungen, leichtfertig oder gar absichtlich, mitunter politisch motiviert, und speziell in Sozialen Medien

gestreut, verunsichern die Empfänger. Die sind ohnedies sensibilisiert. Denn wenn irgendwo in Afghanistan eine Bombe hochgeht, dann langt die „Breaking-News“ dazu wenig später im trauten Wohnzimmer ein. Auch das Attentat in Paris ist (relativ) weit weg, der Massenmord in Las Vegas ebenso. Doch in der Mischung mit dem Amoklauf in Stiwoll klingt es so, als sei alles direkt vor der Haustür passiert. Wie die (sexuellen) Übergriffe in Köln vor bald zwei Jahren. Dass tatsächlich im ei-



genen Wohnblock eingebrochen wurde und ein Bekannter erst kürzlich niedergeschlagen wurde, bestätigen das Gefühl: „Ich bin nicht sicher“.

Dass es, wie umseitig beschrieben, ausgerechnet die Eisenstädter(innen) sind, die sich vor Kriminalität besonders fürchten, erklärt sich wohl zum Teil wie oben erwähnt. Es hat aber sicher auch damit zu tun, dass man es im abgeschotterten Burgenland über Generationen hinweg gewohnt war, die Haustüre offen und

den Zündschlüssel im Auto stecken zu lassen. Dieser Luxus in Sachen Sicherheit ist nicht mehr gegeben, wenngleich verhältnismäßig wenig bis nichts passiert. Aber es reicht der hinlänglich bekannte Einzelfall. Und außerdem: der Mensch ist, das haben Studien bewiesen, ein „Augentier“. Etwa 80 Prozent aller Umweltinformationen werden über die Augen bezogen. Wird dieser Informationsfluss reduziert, die visuelle Wahrnehmung also etwa durch Dunkelheit eingeschränkt, können Beklemmungsgefühle aufkommen – bis hin zur Angst. Das erklärt auch, weshalb uns der finstere Wald als ein Sinnbild für Gänsehaut erzeugende Regungen erscheint.

Gerade das VKÖ-Symposium hat gezeigt, wie vielfältig das Thema Sicherheit in der Großstadt ist, wie Sicherheit „gemacht“ werden kann, wie man sie erhält oder zumindest versucht, gefühlter oder tatsächlicher Unsicherheit entgegenzuwirken. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, von A wie Architekt bis Z wie Zentralschließanlage. Dazwischen findet sich das P, P wie Polizei. Der in wenig erfreulichen Zeiten geborene Slogan vom „Freund und Helfer“ ist gefragter denn je. Er muss jetzt noch gelebt werden bzw., wie Generalmajor Karlheinz Dudek es formuliert: „In den Köpfen Platz greifen“.

• peter.grolig@kripo.at



Get out of Prostitution
Be a SUGAR BABY!

Finders.com

Am Rande der Prostitution

Auf der einen Seite Männer mittleren Alters mit genug Geld und dem Wunsch, sich alles zu leisten. Nie würden sie sich als Freier einer Prostituierten sehen. Nein, sie sind Mentoren, die ein junges Wesen unterstützen. Wenn Dankbarkeit in Form von Sex gezeigt wird, ist das doch keine Prostitution – oder? Auf der anderen Seite junge, attraktive Frauen, die ihre Gunst gegen Geld, Luxusgüter oder Reisen anbieten. Finden sich solche Zwei, ist das eigentlich eine Win-win-Situation, was soll daran schlecht sein? Beide sind erwachsen. Moralisch vielleicht grenzwertig, aber eben eine gesellschaftliche Entwicklung. Oder doch mehr?

Dass sich junge Frauen reiche, ältere Männer angeln (bzw. umgekehrt), ist nicht neu. Ein Wiener Baumeister, der seine um Jahrzehnte jüngeren Begleiterinnen öffentlich präsentiert, ist ein Paradebeispiel. Er gibt zu, was offenkundig ist: er sponsert die Damen. So manche hat sein Schlafzimmer reich beschenkt verlassen. Der Chef, der der Sekretärin eine überdimensionale Gehaltserhöhung gibt, weil sie nicht nur Kaffee kocht – jahrzehntelange Praxis, nun rechtlich beendet (sexuelle Belästigung). Neu ist, dass diese Beziehungsformen dank Internet zu einem boomenden Geschäftszweig geworden sind. Eine Entwicklung, die aus den USA kommt und via Skandinavien bei uns angekommen ist.

Die Leistungen des „Sugar-Daddy“, so der Szene-Namen des Mannes, sind vielfältig, bis hin zur Finanzierung des Studiums. Wie zuletzt die Dating-Plattform „RichMeetBeautiful“ kundtat, gibt es jedes Jahr bei Studienbeginn einen Anmeldeboom paarungswilliger Studentinnen. Üblich ist auch, dem „Sugar-Babe“ Zugang in gesellschaftlich bessere Kreise oder Hilfe bei der Suche nach einem gut bezahlten Arbeitsplatz zu bieten. Wie oft sich die Partner treffen, wie hoch das Entgelt ist, welche Leistungen geboten werden, ist völlig individuell. Die Herkunft der Beteiligten ist auf Großstädte konzentriert. Ein Tausch der Rollen, also ältere Frauen („Sugar-Mamas“) finanzieren junge Männer, ist kaum nennenswert.

Ein Tausch der Rollen, also ältere Frauen (Sugar-mamas) finanzieren junge Männer, ist kaum nennenswert

Escort-Services bieten ähnliche Dienstleistungen, der Unterschied ist die länger dauernde Verbindung und eine fehlende Preisliste. Üblicherweise wird von den „Sugar-Daddys“ nicht nur Sex verlangt, sondern auch Emotionalität. Der Daddy will also zumindest den Schein der privaten Verbindung. Eine Leistung, die bei einem Bordellbesuch oder beim Buchen einer Hostess wohl kaum eingefor-

dert werden kann. Häufig werden „Babes“ öffentlich als Partnerinnen und Begleitungen gezeigt. Man(n) will auch hier den Erfolgreichen geben, der sich eine junge Frau leisten kann. Während die Frau beim Escort-Services ein Auftragsverhältnis mit einer Agentur hat, sind die „Babes“ lediglich durch ihre Mitgliedschaft an eine Plattform gebunden.

Schwer abzugrenzen ist, wann der Sprung in die Prostitution erfolgt. Mehrere „Daddys“ als Geldgeber zu bedienen, ist nicht unüblich. Die 1959 ermordete deutsche Edelhure Rosmarie Nitribitt wäre nach heutigem Verständnis wohl ein „Sugar-Babe“.

Während Prostitution in den meisten Staaten strengen Auflagen unterliegt, ist das „Sugar-Daddy/Sugar-Babe“-Verhältnis kaum greifbar. Das Sponsoring ist nicht strafbar, außerdem muss es ja nicht unbedingt zu Sex kommen. Da die Prostitution vielerorts entkriminalisiert wurde, ist dem Trend kaum rechtlich beizukommen. Und selbst wenn, ein Verfahren würde wohl mangels Beweisen eingestellt. Dennoch prüfen nun auch die Behörden in Österreich, ob das Phänomen gesetzeskonform ist bzw. wie ihm gegebenenfalls beizukommen wäre.

• richard.benda@kripo.at

Spionage-Malware mit neuer Technik

Eine nicht unumstrittene Trojaner-Weiterentwicklung sorgt in Fachkreisen für Gesprächs- und Zündstoff. Es ist vor allem die Art der Verbreitung – und der angebliche Verkauf (auch) an totalitäre Regime.

Forscher des europäischen Security-Software-Herstellers ESET haben eine Überwachungskampagne entdeckt, die eine Weiterentwicklung der berüchtigten Spyware FinFisher nutzt. Die auch als FinSpy bekannte Malware wird auch als Tool zur Strafverfolgung vermarktet und weltweit an staatliche Stellen verkauft. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass diese Technik auch von repressiven Systemen verschiedener Art genutzt wird.

Mittlerweile sind zumindest sieben Staaten von FinFisher betroffen. In einigen Ländern gibt es Hinweise darauf, dass große Internetanbieter in die Verbreitung des Überwachungsprogramms involviert waren. Hinter der Software steht ein britisch-deutsches Unternehmen mit Sitz in München. Der Mutterkonzern ist in Großbritannien ansässig. Offiziell wird der Verkauf des Trojaners an totalitäre Regime vehement bestritten. Allerdings hat das „Wall Street Journal“ schon vor längerer Zeit aus einem geheimen Memo des ägyptischen Innenministeriums zitiert. Dem zufolge ist „FinSpy“ um 388.604 Euro zum Kauf angeboten worden, ein von vier Experten geleitetes Training inklusive. Wie der Deal weiterging, ist dann in den Turbulenzen des „Arabischen Frühlings“ untergegangen. Im selben Memo ist jedenfalls auch vom „erfolgreichen Hacken von Skype-Accounts“ zu lesen, erwähnt wird auch „das Aufnehmen von Sprach- und Videogesprächen über das Internet“ unter Nutzung der Software-Suite.

Rolle des Mittelsmanns

„Bei zwei der Kampagnen wurde die Malware mittels einer Man-in-the-Middle-Attacke verbreitet und wir gehen davon



aus, dass die Internetprovider die Rolle des ‚Mittelsmanns‘ übernommen haben“, erklärt ESET-Malware-Analyst Filip Kafka. FinFisher verfügt über umfangreiche Spionagefähigkeiten, darunter die Überwachung durch Webcams und Mikrofone, Keylogging und das Herausschleusen von Daten. Mit der letzten Version erhielt die Malware eine Reihe an Verbesserungen, besonders im Bereich der Spionagefähigkeiten und beim Schutz vor Entdeckung.

Verbreitung über Internetprovider

Eine beunruhigende Neuerung gab es auch in der Art der Verbreitung. Sobald ein anvisierter Nutzer eine von verschiedenen beliebten Apps wie WhatsApp, Skype oder den VLC-Player herunterlädt, wird er unbemerkt auf den Server der Angreifer umgeleitet. Dort erhält der Nutzer ein mit FinFisher infiziertes Installationspaket.

„Im Zuge unserer Ermittlungen sind wir auf verschiedene Hinweise gestoßen, dass die Umleitung innerhalb der Serviceebene eines großen Internetanbieters stattfindet“, so Filip Kafka. Demnach han-

delt es sich bei diesen Spionage-Kampagnen um die ersten Fälle, bei denen die Beteiligung großer Internetanbieter bei der Verbreitung nicht ausgeschlossen werden kann und öffentlich bekannt wird.

Diese FinFisher Kampagnen sind anspruchsvolle Überwachungsprojekte, die mit ihrer Kombination an Methoden und Reichweite ihresgleichen suchen. Besonders perfid ist: Bei der gegenständlichen FinFisher-Version handelt es sich um eine völlig neue Variante. Sie verfügt über ein System, welches sie vor einer Analyse durch Sicherheitsexperten weitgehend schützen soll. Unter anderem gegen die Analyse in einer virtuellen Umgebung.

Mehr Informationen zu FinFisher gibt es im ESET-Blog WeLiveSecurity unter: <https://www.welivesecurity.com/deutsch/2017/09/21/neue-finisher-ueberwachungskampagnen>, im englischsprachigen Blog des Unternehmens sind zudem verschiedene Artikel zu FinFisher-Kampagnen erschienen.

• josef.w.lohmann@kripo.at

Nǐ Hǎo!

Es war einmal ein Innenminister, der hat gelobt, seinem Land völlige Sicherheit bieten zu wollen. Alle Einrichtungen mit Sicherheitsaufgaben sollten digital und abhörsicher unter- und miteinander funken können. Das hochtrabende „Adonis“-Projekt, 2001 gestartet, ist bekanntlich zum Flopp geworden (noch bevor der Minister selbst im Häfen gelandet ist). So nebenbei hat die Republik 30 Millionen Euro für die Entschädigung nicht zum Zug gekommener Vertragspartner gelebt. Ungeachtet der milliardenschweren Errichtungskosten. Und exklusive der verdeckten Geldflüsse (Schmiergelder?), die über einen inzwischen rechtskräftig verurteilten Lobbyisten gelaufen sind.

Das nach dem Storno 2004 neu gestartete Behördenfunkprojekt stottert nach wie vor vor sich hin, der für 2009 prophezeite Endausbau wird Jahr für Jahr verschoben, zuletzt war von 2020 die Rede. Einer der angepriesenen Vorteile – die organisationsübergreifende Kommunikation – werde dort, wo der Funk überhaupt funkt, selten bis gar nicht genutzt, sagen Insider. Und ein weiteres bei der Einführung gerühmtes Schmankerl, die mobile Datennutzung, dürfte über ein paar medial zelebrierte Pilot-Projekte nicht hinauskommen. Denn im täglichen Dienstbetrieb wird künftig auf „iPhones und iPads für alle“ gesetzt, Anfrage- und sonstige

Applikationen inklusive. Auch hier sagen (ungenannt bleibend wollende) Insider, dass das autarke Behördenfunknetz diese Kapazitäten – wie auch eine Vielzahl an technisch möglichen Telefonaten – ohnehin gar nicht stemmen könnte. 33.500 Apple-Geräte sind bereits bestellt, Kostenpunkt: 15 bis 20 Millionen Euro.

Mittlerweile könnte dem Funksystem aber an einer ganz anderen Front Ungemach drohen: Ein Endgeräteelieferant, die britische Sepura-Gruppe mit Sitz in Cambridge, ist am von der Hytera Communications Corporation Limited übernommen worden. Und Hytera ist in Shenzhen beheimatet. In China also.

Nun darf man „die Chinesen“ nicht unter Generalverdacht stellen. Die Volksrepublik hat sich zu einer westlich orientierten Wirtschaftsgroßmacht entwickelt. Um das rasante Wachstum ranken sich Gerüchte. Sie haben mit (Betriebs-) Spionage bzw. geheimdienstlichen Aktivitäten zu tun. Verfolgt man diese Theorien bis zum Ende, bekommt die Sepura-Übernahme mit dem Umstand, dass die Briten bislang „Marktführer in 20 Ländern (sind) und Endkunden in mehr als 100 Ländern und den zweitgrößten Marktanteil im Bereich der öffentlichen Sicherheit in Europa“ haben, wie es auf der Firmenhomepage heißt, einen Beigeschmack. Den

sind zwei andere chinesische IT-Konzerne nicht losgeworden: Zwar haben die skeptischen Amis keine Beweise für versteckte Komponenten in den Produkten gefunden, der Vorwurf von „Staatsnähe“ und „Sicherheitslücken“ ist geblieben.

Im deutschen Bundesland Thüringen wurde die Auslieferung von Sepura-Funkgeräten bei Bekanntwerden der chinesischen Übernahme gestoppt. Der Bund müsse die Produkte einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen, sie neu zertifizieren. In Österreich ist die Lage nicht gar so dramatisch, wie Anfragen an Innen- und Verteidigungsminister ergeben haben: Das Heer hat gar keine, die Polizei lediglich 26 Sepura-Endgeräte in Verwendung. Allerdings sind im System weitere 8.011 Geräte des chinesischen Herstellers registriert, von insgesamt 70.083 bei verschiedenen „Blaulichtorganisationen“ und Einrichtungen, die zur kritischen Infrastruktur zählen. Für deren Ausstattung und somit auch für die Beantwortung der Frage, ob Sicherheitsbedenken ausgeschlossen werden können, hielten sich die Minister Sobotka und Doskozil für ressortmäßig nicht zuständig. Außerdem setzt man auf kryptografische Mechanismen, wonach ein Auslesen der Verschlüsselung aus den Geräten nicht möglich sei. Na dann: „Nǐ Hǎo“!

• peter.grolig@kripo.at

Das Ende der Zwiesel

Die Zwiesel ist keine ausgestorbene Tierart, sondern eine nicht mehr in Verwendung befindliche Handfessel ohne Schloss. So hat die richtige Antwort auf unsere Kripo-Rätsel-Frage in der August-Ausgabe gelautet - keine einzige falsche Antwort ist bei uns eingegangen. Da in der Redaktion nicht geklärt werden konnte, wann die Zwiesel abgeschafft wurde, haben wir an unsere Leser appelliert, uns zu helfen.

Hier die Antwort von Anton Piber, der als Vertreter der Kripo beim Entwurf des Sicherheitspolizeigesetzes (SPG), das

1993 in Kraft getreten ist, dabei war. Im SPG wurde auch das Anlegen der Handfesseln genau geregelt. Diese Regelung bedeutete zugleich das Ende der Zwiesel.

Irgendwie dürfte die Zwiesel (theoretisch) nach der Anhalteordnung 2006 noch immer verwendet werden: § 26/4 besagt sinngemäß: Die Verwendung anderer Mittel als der Handfessel darf nur unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit angewendet werden. Da im polizeilichen Bereich nicht mehr vorhanden, wird es aber wohl auch keine Zwiesel-Anwendung mehr geben.



Mordwaffen: Interessante Leser-Bilanz

Wie die Reaktionen erkennen lassen, ist das Top-Thema der vergangenen kripo.at-Ausgabe („Mörderwaffen“) auf großes Leserinteresse gestoßen. Speziell die in dieser Form exklusive Analyse der verwendeten Waffen bzw. der Tötungsarten scheint Beachtung gefunden zu haben.

Franz Schmidt, Abteilungsinspektor i.R. aus Graz, hat uns dazu geschrieben, er hätte lange herauszufinden versucht, auf welcher Basis die häufig kol-

portierte Ansicht basiert, dass mehr als die Hälfte aller Morde mit Schusswaffen verübt würde, vielleicht gar mit legalen. In Ermangelung offizieller diesbezüglicher Statistiken hat er 1998 in „offenen Quellen“ zu forschen begonnen. Sein Fazit: „Schon im ersten Jahr meiner eigenen Statistik musste ich (mit Schrecken) feststellen, dass in dieser Sache Politik und Medien durchwegs die Unwahrheit berichteten... wurden bei Mord und Mordversuch in 47 Prozent der Fälle Messer als Tatwaffen verwendet. Die Anzahl der Schusswaffen betrug 28 von

116 Fällen. Das sind 28 Prozent von allen Delikten“, so Franz Schmidt.

Er setzte seine Recherchen fort; und hat letztendlich 1.618 in einem Zeitraum von zehn Jahren verübte Fälle von Mord und Mordversuch analysiert: „Dabei kam für Schusswaffen ein Durchschnittswert von 14,5 Prozent heraus“. Und Schmidts Erkenntnis: „Nur 4,9 Prozent (waren) legale Schusswaffen – zum Unterschied der gebetsmühlenartig verbreiteten öffentlichen Meinung von „Mehr als die Hälfte aller Morde und Mordversuche...“

© Franz Schmidt

Gewehr legal	Fausfeuerwaffe legal	Feuerwaffe illegal	Sichwaffe	Hiebwaffe/ körp. Gewalt	Erhängen/ Erdrosseln	Sonstige Begehung	Summe
25	55	155	881	200	143	159	1618
1,5%	3,4%	9,6%	54,5%	12,4%	8,8%	9,8%	100%

kripo.at-Termine**VKÖ-Schießen**

Zeit: 12. Jänner 2018, 14.00 Uhr.

Ort: 2320 Schwechat, Pechhüttenstraße 3
(Treffpunkt vor dem Schießkeller)

**Vortrag und Diskussion
„Wie kriminell sind Asylanten?“**

Vortragender: Ulf Küch, Kripo-Chef in Braunschweig

Zeit: 16. Jänner 2018, 16.00 Uhr.

Ort: Sicherheitsbildungszentrum 1090 Wien,
Müllnergasse 4

Reise zur 10. GPEC nach Frankfurt

Zeit: 20.-22. Februar 2018

Treffen der Sachbearbeiter für Graffiti

Zeit: März 2018

Ort: Besprechungsraum VKÖ. 1090 Wien,
Müllnergasse 4

*Nähere Informationen auf unserer Website.
www.kripo.at*

**Anmeldungen bei
sekretariat@kripo.at**

Aus dem VKÖ-Archiv**Der Kampf gegen
das Verbrechenertum**

A Um der herrschenden Unsicherheit wirksam entgegenzutreten hat die Polizeidirektion die Zahl der Referenten im Sicherheitsbüro vermehrt und bei jedem der 22 Wiener Bezirkspolizeikommissariate ein Sicherheitsreferat geschaffen, indem die Bekämpfung des Berufsverbrechertums in der Hand eines gewiegten Beamten konzentriert wird.

Durch eine Reform des Kriminalbeamteninstitutes wurde eine ausgiebige Vermehrung der mit der Bekämpfung der Verbrecher besonders betrauten Kriminalbeamten erzielt. Während früher bei jedem Kommissariat bloß 2 bis 3, höchstens 4 oder 5 sogenannte Indagationsagenten den kriminalpolizeilichen Dienst versahen, die übrigen zugeordneten Polizeienten jedoch zu minderwertigen Erhebungsdiensten und vielfach auch zum Manipulationsdienste in den Meldeämtern und den Kommissariatskanzleien verwendet wurden, sind nunmehr alle diese Organe zum Kriminaldienste herangezogen, so daß bei jedem Kommissariate mindestens 12 bei größeren Kommissariate auch mehr als 20 Kriminalbeamte besonders mit den kriminalpolizeilichen Agenden befasst sind. Durch Vornahme zahlreicher Streifungen sowie durch zeitweilige Verstärkung des Rayonsdienstes ist jetzt dafür gesorgt worden, dass möglichst viel verbrecherische Elemente angehalten werden.

Die Wirkungen dieser Maßregeln zeigen sich auch darin, dass fast alle größeren Kriminalfälle gelöst werden konnten. im Jahre 1919 waren im Polizeigefangenenhaus 13631 Untersuchungshäftlinge, während ihre Zahl 1914 nur 6056 Betrag. Vom Sicherheitsbureau wurden im Jahre 1919 3197 Arrestanten (gegen 1293 im Jahre 1914) behandelt. In der Zeit vom 1. Jänner 1919 bis Ende April 1920 wurden 35 Personen wegen Mordes und Mordversuches verhaftet. In der Zeit vom 1. März v.J. bis 1. März d. J. wurden 255 Kasseneinbrüche verübt. Die niederste Schadenssumme betrug 10.000 Kronen die höchste 1 3/4 Millionen Kronen. Zieht man noch die ungeheure Zahl der Betrügereien, Fälschungen usw. in Betracht so kann auch der Fernstehende die Riesenarbeit der Kriminalabteilung der Polizeidirektion bemessen.

(Quelle: Montagsblatt vom 24.5.1920)

*Wir wünschen allen
Mitgliedern, Kollegen und
Freunden der VKÖ
frohe Weihnachten und
einen guten Rutsch
ins Jahr 2018*

Pate gesucht



Keine Frage: die erfolgreiche „Kiebarett“-Serie wird 2018 eine Fortsetzung finden. Allerdings wollen wir den Event anders benennen, schon um Verwechslungen mit dem Original auszuschließen. Bei der Namensgebung sind unsere Leser gefragt: wie soll die Veranstaltung heißen?

Vorschläge bitte an:

sekretariat@kripo.at

Der VKÖ-Vorstand wird aus den Einsendungen den kreativsten Vorschlag auswählen und den Paten mit einem Preis auszeichnen.



Wer hat Talent?

Es kann, aber es muss nicht (immer) Musik und Kabarett sein: Unterhaltung ist vielfältig. Also sucht die VKÖ Talente aus den Reihen der (Kriminal)Polizei, die bei der Fortsetzung von „Kiebarett“ im Herbst 2018 in Wien auftreten möchten. Interessenten wenden sich an:

sekretariat@kripo.at

kripo.at-Rätsel



Ja, die Lupara scheint allgemein bekannt zu sein, so die richtige Antwort unseres letzten Rätsels, denn nicht eine einzige falsche Antwort ist eingegangen. Aus den Antworten haben wir wieder vier Rätselfreunde gezogen. Dipl.Ing. Markus Schweiger, Fritz Draxler, Manfred Durchschlag und Manfred Charvat erhalten jeder ein Buch zugesendet.

Die Frage dieser Ausgabe:

„Fledderer“ sind eine Abart des Taschendiebes. Ihre Opfer müssen ein gewisses Kriterium erfüllen. Nennen Sie zumindest ein Merkmal (es gibt mehrere), das aus einem Taschendieb einen Fledderer macht.

Antworten wie immer an **sekretariat@kripo.at**.
Meldungsschluss ist der 15. Dezember 2017.

TODESFÄLLE

Liane KIHSLING
Witwe
Wien
im 92. Lebensjahr

Josef SCHLEMITZ
Pörtltschach am Wörthersee
im 90 Lebensjahr



Unsere Kooperationspartner



Mitgliedertreff:

Wien

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurgasse,
1090 Wien

Linz

Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

Wels

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten	Andreas Bandion, niederosterreich@krip.at
Oberösterreich:	Linz	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Karin Svatek, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfner, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	Bregenz	Norbert Schwendiger, vorarlberg@kripo.at



IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Peter Grolig
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis
Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Herbert Zwickl, Helmut Bärtl,
Frank Dieter Stoit, Willibald Plenk, Otto Scherz



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28.
Anzeigenverwaltung: A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeingasse 1-3.
Verlags- und Herstellungsort: A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen.

Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. **www.kripo.at**